Ä154 Langwahlprogramm zur Kommunalwahl 2019

Antragsteller*in: Tobias Peter (Leipzig KV)

Text

Von Zeile 1017 bis 1018 einfügen:
Gemeinwohlinteressen zu sichern, soll das Städtische Klinikum finanziell bezuschusst werden.

Für eine Drogenpolitik, die hilft statt zu kriminalisieren

Wir GRÜNE setzen uns für eine humane und aufgeklärte Drogen- und Suchtpolitik in Leipzig ein. Wir wollen die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener beim Drogenkonsum stärken und Suchtkranken helfen, ohne sie zu stigmatisieren oder zu kriminalisieren.Wir setzen daher auch weiterhin auf den Ausbau zielgruppenorientierter Prävention, konsequenten Kinder- und Jugendschutz, Hilfe statt Strafe, Regulierung und Entkriminalisierung, sowie auf Schadensminderung und Überlebenshilfe.

Wir wollen die bewährten Angebote und Strukturen der Suchthilfe in Leipzig bedarfsgerecht ausbauen und weiterentwickeln. Stadt Leipzig soll sich beim Freistaat dafür einsetzen, die Förderung im Bereich der Suchthilfe so gestalten und ausstatten, dass eine leistungsfähige, differenzierte Versorgungsstruktur in der Suchtkrankenhilfe kontinuierlich sichergestellt werden kann sowie Versorgungsdichte, Versorgungsqualität und Qualifikation des Personals als Förderkriterien festgelegt werden.

Drogenkonsumräume können eine wirkungsvolle Ergänzung der Suchthilfe sein und besonders durch Drogenkonsum und -handel geprägte Stadträume wie z.B. die Eisenbahnstraße oder Zweinaundorfer Straße entlasten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Stadt für eine entsprechende Rechtsverordnung auf Landesebene einsetzt. Die Konzeption und Einrichtung von Drogenkonsumräumen soll durch ergänzende Suchthilfe- und Substitutionsangebote begleitet werden.

Begründung

Bisher gibt es keine Aussagen zu Drogenpolitik. Gleichwohl gibt es in Leipzig eine differenzierte, z.T. stadträumlich konzentrierte Problematik, auf die es zu reagieren gilt. Die grundsätzliche drogenpolitische Strategie der Stadt und die bereits umfangreichen kommunale Strukturen gilt es zu stärken und weiterzuentwickeln. Der Absatz orientiert sich in seinen Zielstellungen am 2018 beschlossenen drogenpolitischen Antrag des Landesverbandes.